

Lübke: Wer provoziert hier?

Bundespräsident weist Ostberliner Behauptungen zurück

Berlin (dpa/upi/Eigenbericht). Jeder Versuch, den Status von Westberlin durch Einschränkung der Rechte der drei westlichen Schutzmächte oder der Rechte von Westberlin selbst zu mindern, würde eine einseitige Mißachtung und Störung der bestehenden Ordnung sein. Die Westmächte hätten immer wieder bekräftigt, daß mit dem Schicksal dieser Stadt das eigene Schicksal auf das engste verbunden bleibe. Diese Feststellungen traf Bundespräsident Lübke bei einem Empfang des Senats im Schöneberger Rathaus in Berlin.

Der Bundespräsident betonte, es erfülle ihn mit großer Genugtuung, daß es in den wesentlichen außenpolitischen Fragen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin keine Meinungsverschiedenheiten gebe. Es sei nicht verwunderlich, wenn sich die ganze freie Welt in der Unterstützung Berlins einig sei, denn die immer wiederholten sowjetischen Versuche, die Einheit des westlichen Lagers zu sprengen, hätten zur Zeit als Hauptansatzpunkt Berlin.

Zu dem teilweise zurückhaltenden Echo in einigen westlichen Ländern auf die Erklärungen anlässlich des Adenauer-Besuches sagte der Bundespräsident, man habe immer wieder bekräftigt, daß mit dem Schicksal dieser Stadt das eigene Schicksal auf das engste verbunden bleibe. Daraus sollte man doch folgern können, daß jegliche Verschlechterung des rechtlichen Status auf alle Fälle im allgemeinen Interesse der westlichen Welt ausgeschlossen sein müßte.

Den Vorstößen gegen die Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik fehle jedoch der Ansatzpunkt, solange die Souveränität der drei Westmächte bestehe, die Berlin in etwa wie ein Bundesland behandeln. Die Sowjetunion habe in und mit Ostberlin wesentlich weitergehende, dem Viermächteabkommen widersprechende Maßnah-

men gegen den Protest der Westmächte vorgenommen. Solange sie diese nicht rückgängig mache, werde sie auch die Behandlung Westberlins als Bundesland nicht beanstanden können.

Die in der Sowjetzone geäußerte Behauptung, sein Besuch in Berlin sei eine Provokation, wies Lübke mit der Bemerkung zurück, die einzigen Provokateure seien die wenigen Menschen, die schon seit beinahe eineinhalb Jahrzehnten den Berlinern ein ungehindertes Zusammenleben verwehrten und durch Mißbrauch einer usurpierten Macht immer noch verhinderten, daß 70 Millionen Deutsche die Formen ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaft in freier Selbstbestimmung und in eigener Verantwortung suchen und finden.

„Oberstes Wächteramt“

Der Bundespräsident zeichnete sich anschließend in das Goldene Buch Berlins ein und nahm aus der Hand der Regierenden Bürgermeisters Brandt eine Bronzeplastik des Berliner Bären als Geschenk von Abgeordnetenhaus und Senat entgegen. Brandt unterstrich dabei den Willen Berlins zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Bei einem Essen des Berliner Senats betonte Lübke, er wolle „ausgiebigsten Gebrauch von seinem obersten Wächter-

amt“ machen. Das gelte besonders für „ernste Situationen“. Die Position des Bundespräsidenten sei stärker als es den Anschein habe. Er hob sein Glas „auf Berlin und seine glückliche Zukunft“.

„Berlin gehört zum Bund“

Wie aus Bonn berichtet wird, erklärte ein Sprecher des auswärtigen Amtes vor Pressevertretern, die Bundesregierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Westberlin zum Bund gehört, die Zugehörigkeit aber durch die Vorbehaltsrechte der drei westlichen

Parteien einig

Bonn (dpa). Die Parteien im Bundestag werden bei der außenpolitischen Debatte am 10. Februar wahrscheinlich in der Berlin-Frage eine einheitliche Haltung einnehmen. Dies wird von politischen Beobachtern in Bonn nach den verschiedenen Fühlungen angenommen, die in den letzten Tagen zwischen CDU/CSU, SPD und FDP stattgefunden haben. Wie verlautet, will jede Fraktion eine Erklärung zur Lage abgeben und auf eine Debatte verzichten.

Besatzungsmächte begrenzt wird. Die Haltung der Bundesregierung gründet sich nach den Ausführungen des Sprechers auf das Grundgesetz, nach dem Berlin Teil der Bundesrepublik sei, und auf eine entsprechende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1957. Die Souveränität der Bundesrepublik in Berlin gelte, soweit nicht alliierte Vorbehalte wirksam würden.

ZerreiBprobe

K. W. B. Nicht nur die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg und auch nicht nur die gesamte Evangelische Kirche in Deutschland, sondern alle Kräfte im kirchlichen und politischen Raum, die für die Einheit der Deutschen wirken, können dankbar sein. Ein neuer Anschlag gegen die Einheit — der wieviele eigentlich schon? — ist abgewehrt worden. Das will nicht besagen, daß die Einheit gerettet ist. Man muß im Gegenteil damit rechnen, daß die Abgeordneten der Evangelischen Kirche nach Cottbus und Brandenburg mit sehr ersten Sorgen zurückkehren. Die Synode von Berlin-Brandenburg ist das Parlament jenes Teils der Evangelischen Kirche, der am augenfälligsten die durch Deutschland gelegten Grenzen überwindet. Damit dieses Gefüge in Gefahr gerät, daran wurde seit langem gearbeitet; denn wenn dieses Band der Kirche an der Nahtstelle nicht funktioniert, müßte es relativ leicht sein, die lose darüber schwebende Gesamtorganisation der Kirche ihrer einigenden Kraft zu berauben.

★

Bischof Dibelius spürt diese Attacken seit längerer Zeit gegen sich gerichtet. Seit Jahren verweigert ihm die Zonenverwaltung die Einreise in die ihm unterstellten Kirchengebiete. Seit Jahren diffamiert ihn die östliche Propaganda als einen Kostgänger der Politik der Bundesrepublik. Da aber Dibelius evangelischer Theologe ist und als solcher auch eine von den vielen möglichen theologischen Dialektiken — und diese mit kräftiger Aufrichtigkeit — vertritt, hat er in der Kirche selbst theologische Gegner, die ihre Meinung auch nicht im stillen Studierstübchen zurückhalten. Dibelius ist zeit seines reichbewegten Lebens ein couragierter Mann gewesen. Und er hat, vom Gewicht seiner stets bedeutenden Ämter getragen, auch oft Meinungen vertreten, die Widerspruch erregten. Sein geistiges Profil ist hart geschnitten. Es ist kaum verwunderlich, daß es in der ständigen Erfahrung mit der

neuen Diktatur, die er zu bestehen hatte, noch härter wurde.

Der streitbare Bischof Dibelius hat die Angriffsflächen, die er schon immer bot, in letzter Zeit von sich aus beträchtlich erweitert. Mit seiner vielmustrittenen Schrift „Über die Obrigkeit“ hat er schließlich ein Gewitter ausgelöst, das aus allen Ecken des Himmels über ihn und die Kirche hereinprasselte. Seine eigene Kirche, die Leitung der Kirche von Berlin-Brandenburg, hatte sich von dieser Schrift distanziert. Diejenigen, die die Kirche treffen wollten, witterten nun eine Stunde gekommen, die sie mit viel primitiveren Mitteln seit langem vorbereitet hatten. Sie schauten zu, wie ein Theologendisput in Gang kam, der Dibelius fast in die Vereinsamung trieb. Die Machthaber im Osten hängten sich an die heftigsten theologischen Kritiker des Bischofs. Doch sie deuteten noch mehr in die Dibelius entgegen-schlagende Kritik hinein: Sie meinten, den Bischof und seine Meinungen mit allgemeinen Angriffen des Westens gegen ihren Staat gleichsetzen zu können. Wenn man Dibelius traf, so müßte — dies war der Plan — die Schranke mitten durch die Kirche niedergehen.

★

Der Bischof hat dem Ansturm widerstanden. Nicht, weil er um Amt und Auftrag kämpfte gegen ein Parlament von Kritikern und Besorgten, sondern weil die Synodalen und er sich in der gemeinsamen Überzeugung fanden, daß die Kirche die Einheit braucht. Man könnte es als geschickte Geste erkennen, daß Dibelius unaufgefordert für das nächste Jahr seinen Abschied ankündigte. Aber das war kein neuer Entschluß; denn er hatte vorher mehr als einmal wissen lassen, daß er mit dem Ablauf seiner Amtsperiode als Ratspräsident dann als Achtzigjähriger auch den ganzen Verzicht leisten werde. Wichtiger aber wird eben dieses Jahr, das Dibelius in dieser ersten Zeit der deutschen und kirchlichen Einheit noch wirken will. Seine Obrigkeitsschrift ist nicht ausgelöscht. Der Bischof hat ihren wesentlichen Inhalt nicht zurückgenommen, wengleich er sich auch dazu verstanden hat, die sehr robusten

Sätze von der Straßenverkehrsordnung und den Frauenbataillonen, da sie „vielen Not bereiten“, „in die Havel zu werfen“.

★

Es ist nicht leicht, jene Sprache zu entschlüsseln, deren sich die evangelischen Theologen bedienen, wenn sie prekäre, in den politischen Raum vorstoßende Erklärungen abgeben. Der an der Ostberliner Universität lehrende Professor Vogel, auf politischer und theologischer Ebene hartnäckigster Gegner von Dibelius, wird es schwer haben, jedermann klarzumachen, wie er, die bösen politischen Wirklichkeiten in der Zone mißachtend, den „Atheismus totlieben“ will. Doch auch manch anderer Sprecher, dem Karl Barths halsbrecherische Dialektik als Handwerkszeug dient, liebt es, in den Chiffren zu sprechen, die die Bekennende Kirche im Widerstand gegen Hitler sich angewöhnt hat, heute aber mit seltsamer Verkehrung der Vorzeichen gegenüber den Kräften der Freiheit anwendet. Wenn es auch Mühe macht, hinzuhören, versteht doch jedermann, daß in dieser Stunde kirchliche Fragen unweigerlich politische Antworten erzwingen.

Es gab eine Zeit — sie liegt ein paar Jahre zurück —, da hoffte Pankow, über die evangelische Kirche einen Einfluß auf ganz Deutschland ausüben zu können. Die Pfarrer unserer Gemeinden erwiesen sich freilich als untauglich, sowjetische Propagandakader zu werden. Nachdem man dies eingesehen hatte, wurden die Minen gelegt, um die Kirche zu spalten. Bei der katholischen Kirche mit ihrer selbstverständlich straffen, über die Grenzen wirkenden Organisation und Strahlung hat man es kaum versuchen können. In die Vielgliedrigkeit der evangelischen Kirchen und theologischen Organisationen hinein aber glaubt man, Sprengstoff ungleich wirksamer legen zu können. Die Organisation der „fortschrittlichen“ Pfarrer, die Vorbereitung von eigenen Kirchenleitungen im Zonengebiet — es gibt viele Ansätze in dieser Richtung. Der Kampf gegen Dibelius sollte den Durchbruch bringen. Er war die erste ZerreiBprobe. Die Kirche hat sie bestanden.

Sowjets militarisieren ihren Staat

Hintergründe der Umrüstung auf Raketen — Wie der Atomkrieg vorbereitet wird

W. S. Wien (Eigenbericht). Die sowjetische Umrüstung, die Ministerpräsident Chruschtschow, als Abrüstung getarnt, bekanntgegeben hat, läßt darauf schließen, daß sich die Sowjetunion nun voll und ganz auf atomare Kriegführung umgestellt hat. Für die Entlassung von 1,2 Millionen Soldaten, die innerhalb von zwei Jahren vorgenommen werden soll, sind außerdem wirtschaftliche Gründe maßgebend. Die Sowjetunion hat inzwischen mit dem Aufbau einer „produktiven Territorial-Armee“ begonnen, die sich nach Art der chinesischen Volkskommunen aus militärähnlichen Kolchos zusammensetzt und je nach Bedarf für produktive und kriegerische Zwecke verwendet werden kann. Über diese Hintergründe des sowjetischen „Abrüstungsschritts“ berichtet unser diplomatischer Mitarbeiter.

Die Sowjetstrategie hat sich in den letzten zwei Jahren nach Artikeln des sowjetischen Panzermarschalls P. A. Rotmistrow, des sowjetischen Militärtheoretikers Generalmajor N. A. Talenski und anderen eindeutig von der These des Krieges mit konventionellen Waffen abgewandt und auf die atomare Kriegführung umgestellt. Die wirtschaftliche Dezentralisierung, d. h. die Schaffung selbständiger Wirtschaftsgebiete, die Planungen der Standortteilung der neu zu stauenden Industrien im Siebenjahrplan zeigen die vorrangige Berücksichtigung der atomaren Kriegführung. Der Vorsprung der Sowjets in der Raketentechnik, die kürzliche Erklärung Chruschtschows über die Serienproduktion von Wasserstoffbomben und die letzte Erklärung über eine „phantastische Waffe“ weisen in die gleiche Richtung. NATO und SEATO haben dazu geführt, daß sich Moskau auch der Gefährlichkeit eines „begrenzten Krieges“ nach dem Muster Korea bewußt wurde. Wirtschaftskrieg, politische Unterwanderung und Aufweichung, gestützt auf die stärkste atomare Macht der Welt ist das Konzept der kommenden Jahre.

„Produktive Armee“

Ein weiterer Punkt der Chruschtschow-Rede wurde im Westen kaum beachtet, obgleich sich in ihm das Bild eines vollmilitarisierten sowjetischen Staates abzeichnet. Chruschtschow befaßte sich detailliert mit dem Gedanken einer „produktiven Territorial-Armee“, wie sie in einigen sowjetischen Zeitschriften, der Armeezeitung „Roter Stern“

und dem Organ „Militärischer Gedanke“, bereits behandelt worden sind. Dabei steht Rotchinas Armee, die in den Volkskommunen produktive Arbeit leistet, gleichzeitig jedoch einsatzbereit ist, Pate. Gestützt auf die „DOSAAF“, die nur scheinbar harmlose Gesellschaft für vor- und nachmilitärische Ausbildung, scheint hier der Aufbau einer Armee vorbereitet zu werden, die ziffernmäßig einer kontrollierten Abrüstung entzogen ist, sich durch produktive Arbeit selbst erhält, in ihrer Dislokation atomaren Schlägen nicht unmittelbar ausgesetzt ist, im Kriegsfall aber schnell zusammengefaßt und zum Einsatz gebracht werden kann.

Die sowjetische Umrüstung trägt der Tatsache Rechnung, daß 1960/61 der erste bereits wesentlich schwächste Kriegsjahrgang in der Produktion zu erwarten ist. Die folgenden Jahrgänge weisen noch viel größere Ausfälle auf. Andererseits soll aber gerade jetzt die industrielle Aufrüstung nach dem Siebenjahresplan in vollem Umfange durchgeführt werden. Die Neulandgewinnung erfordert zusätzliche Menschenmassen, die aus dem herkömmlichen Reservoir an Arbeitskräften nicht zu beschaffen sind.

Raketen billiger

Moskau kann sich unter diesen Umständen Millionenmassen unter Waffen, die fern jeder produktiven Tätigkeit in den Kasernen leben, nicht mehr erlauben. 1,2 Millionen Soldaten kosten nach Chruschtschows Worten nicht weniger als 17 Milliarden Rubel im Jahr.

Entscheidend für die sowjetische Umrüstung dürfte sein, daß Raketen- und Atomwaffen auf Serie billiger kommen als der Mensch — selbst in der Sowjetunion. Die Perspektivplanung zur Arbeitsteilung und Wirtschaftskoordination des östlichen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, die 1961 anlauft und innerhalb von 15 Jahren den Raum zwischen Elbe und Pazifik ökonomisch integrieren soll, krankt an chronischem Kapitalmangel. Die osteuropäischen Volksdemokratien schreien nach gewaltigen Rubelinjektionen. Parallel dazu läuft die forciert betriebene sogenannte Wirtschaftshilfe für unentwickelte Gebiete, welche aus einem langfristigen politischen Konzept heraus neue Milliarden verschlingen.

Zu dem Bedarf an Arbeitskraft kommt also ein sprunghaft steigender Kapitalbedarf, der sich auch in den jüngsten Maßnahmen in der Landwirtschaft — Senkung der Ankaufspreise und damit verbundene Öffnung der Agrarschere, des klassischen Eingangspostens jeden kommunistischen Staatsbudgets — bereits bemerkbar macht.

Bischof abgesetzt

Warschau (upi). Den katholischen Priestern der polnischen Diözese Kielce ist, wie aus zuverlässiger Quelle bekannt wurde, jetzt mitgeteilt worden, daß Bischof Kaczmarek von der Regierung nicht mehr als Diözesanbischof anerkannt wird. Die Priester erhielten von der kommunistischen Arbeiterpartei die Anweisung, den Anordnungen des Bischofs keine Folge zu leisten. Bischof Kaczmarek hatte in den letzten Jahren das kommunistische System kritisiert und war mehrfach in Konflikt mit Staats- und Parteibehörden geraten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Hamlett warnt vor Nachgiebigkeit

Amerika muß für Berlin kämpfen

New York (ap). Der ehemalige amerikanische Stadtkommandant von Berlin und jetzige stellvertretende Stabschef des amerikanischen Heeres, Generalmajor Hamlett, erklärte in New York, die Vereinigten Staaten müßten am „Rande des Krieges“ leben, wenn sie den Kampf um Berlin gewinnen wollten. Falls Amerika nicht dazu bereit sei, werde es der kommunistischen Bedrohung nachgeben müssen. Für den Fall einer sowjetischen Blockade Berlins kündigte Hamlett die Wiedereinführung der Luffbrücke an. Die Einsatzbereitschaft der amerikanischen und deutschen Truppen bezeichnete er als „ausgezeichnet“.

Hamlett vertrat die Ansicht, daß die Sowjetunion gewisse Zwischenziele verfolge, die von der Berlin-Frage abhängen. Chruschtschow müsse Mitteleuropa konsolidieren und die Westmächte zu einem Abkommen über die Erhaltung des Status quo in Europa bringen. Wenn es ihm gelinge, die Westmächte zum Abzug aus Berlin zu bewegen, werde er die Lage in der Sowjetzone festigen können. Der nächste Schritt würde dann die Eingliederung des restlichen Europas in den sowjetischen Machtbereich sein.

Der General, der Berlin im vorigen Monat einen Besuch ab-

gestattet hatte, befürwortete weitere Berlin-Verhandlungen mit der Sowjetunion, wandte sich aber nachdrücklich gegen jede Beschwichtigungspolitik. Hamlett erklärte wörtlich: „Wenn wir in Berlin festbleiben, sind wir besser daran, als wenn wir versuchen sollten, die Sowjets zu beschwichtigen. Wenn wir sie beschwichtigen und ihnen Konzessionen machen, dann wäre die NATO meiner festen Überzeugung nach innerhalb kürzester Zeit verloren.“

General Hamlett zollte abschließend dem Regierenden Berliner Bürgermeister Brandt höchste Anerkennung.

Keine isolierte Berlin-Lösung!

Forderung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Bonn (dpa). Berlin sei nur ein Teil der ungelösten deutschen Frage, und deshalb könne es keine isolierte Lösung der Berliner Frage geben, erklärte das Kuratorium Unteilbares Deutschland im Anschluß an eine Sitzung seines Politischen Ausschusses. Die Großmächte sollten Deutschland als entscheidenden Punkt auf das Verhandlungsprogramm setzen. Das Kuratorium betonte mit Nachdruck, daß alles geschehen müsse, um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Stellung Berlins zu festigen. Berlin sei und bleibe die Hauptstadt Deutschlands.

In den Geschäften und Kaufhäusern der Bundesrepublik sollen immer wieder Berlin-Schaufenster gezeigt werden. Der Schulunterricht soll sich noch mehr als bisher der Berlin-Frage annehmen. Die großen Organisationen — vornehmlich Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften — sollen ihre jungen Führungs-

kräfte zeitweilig nach Berlin schicken. Weitere Empfehlungen beziehen sich auf Werbung und Auftragsvergebung im Interesse Berlins, Unterstützung des Hilfswerks Berlin, Ferienplätze für Berliner Kinder, Erholungsurlaub für alte Menschen aus Berlin und Berlin-Filme.

Der Geschäftsführer des Kuratoriums, Schütz, stellte fest, daß eine Lösung der deutschen Frage ausschließlich auf dem Verhandlungswege und mit friedlichen Mitteln angestrebt werde. Jeder Versuch einer gewaltsamen Lösung sei als „selbstmörderischer Wahnsinn“ anzusehen.

Irrlehren der Wiedervereinigung

Berlin (Eigenbericht). In einer scharfen Absage an den Deutschlandplan der SPD klang ein Vortrag des Bundestagsabgeordneten von Guttenberg

(CDU) in der Technischen Universität aus, in dem er sich mit den „Irrlehren der Wiedervereinigung“ auseinandersetzte. Die Annahme, auf dem Wege der Konföderation zu einer Verständigung mit Pankow und damit zur Wiedervereinigung zu gelangen, sei ein Trugschluß. Auch Disengagementpläne lehnte v. Guttenberg ab, da mit dem Auseinanderrücken der Truppen die Frage der Freiheit der 17 Millionen Deutschen, der Ungarn, der Polen und der Tschechen gestellt sei. Solange die Sowjetunion entschlossen sei, halb Europa zu sowjetisieren, könne man diese Tatsache nicht durch Truppenzurücknahmen aus der Welt schaffen. Aus dieser Überlegung heraus lehnte es v. Guttenberg auch ab, mit der kontrollierten Abrüstung — nur eine solche sei diskutabel — in Mitteleuropa zu beginnen.

„Tränen und Angst“

Thedieck über die Zwangskollektivierung

Berlin (Eigenmeldung). Der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, hat die sowjetzonale Behauptung scharf zurückgewiesen, daß die Bundesregierung Mittel aus dem „Grünen Plan 1960“, die zur Einkommensförderung der Bauern bestimmt seien, zugunsten der Strukturveränderung der Landwirtschaft abzwäge.

Thedieck kennzeichnete diese Behauptungen als den Versuch Pankows, von der verstärkten brutalen Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone abzulenken, „die der Bauernschaft soviel Leid bringt“. Immer wieder erreichten ihn Briefe, in denen geschildert werde, mit welchen Methoden die SED vorgehe, um die selbständigen Bauern zum Eintritt in die Produktionsgenossenschaften zu zwingen. „Tränen, Angst, Depression und Verzweiflung, das sind die Früchte der Ulbrichtschen Landwirtschaftspolitik“, sagte Thedieck. „Im sogenannten ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden werden seit Jahren Milliardenbeträge, die von Arbeitern unter schweren Bedingungen aufgebracht worden sind, dazu verwendet, um freie Bauern zu besitzlosen Landarbeitern zu degradieren.“

Milliarden für die Wiedergutmachung

Die Bundesrepublik hat die Verfolgten der Hitler-Zeit nicht enttäuscht

Schweres Unrecht kann nicht durch Geld wiedergutmacht werden. Die materielle Wiedergutmachung, welche die Bundesrepublik unmittelbar nach ihrer Staatwerdung einleitete, kann darum auch immer nur Entschädigung für den materiellen Schaden sein, welchen das Hitler-Regime anrichtete. Die immaterielle Wiedergutmachung, der Prozeß des seelischen, geistigen und politischen Umdenkens, ist unabhängig davon und darf durch den Ablauf der finanziellen Wiedergutmachungsleistungen nicht berührt werden.

DT. Bonn (Eigenbericht). Noch vor wenigen Monaten galt das Jahr 1963 als das Stichjahr für das Auslaufen der größten deutschen Wiedergutmachungsaktion: des Bundesentschädigungsgesetzes. Zwischen dem Ende des Monats März und dem Jahresende 1963, so hieß es bislang, sollte dieses Gesetz abgeschlossen sein und damit den größten Teil deutscher Entschädigungsleistungen gegenüber individuell Betroffenen im Ausland beenden. Inzwischen ist das Kalenderjahr mit dem Haushaltsjahr „synchronisiert“ worden. Daraus ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die deutschen Wiedergutmachungsleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz nicht erst 1963, sondern bereits am 31. Dezember 1962 abgeschlossen sein werden. Bis zu diesem Zeitpunkt also wird der Hauptteil der Entschädigungen an die ehemals rassisch und politisch Verfolgten ausgezahlt sein. Nur die fortdauernden Leistungen werden weitergehen. Sie bilden einen verhältnismäßig kleinen Anteil in der Gesamtrechnung der Wiedergutmachung.

Insgesamt 18 Milliarden

Innerhalb des Bundesentschädigungsgesetzes bilden die individuellen Ansprüche der Opfer des Nationalsozialismus, die jetzt im Ausland leben, den größten Anteil. Bis zum 1. April 1958, dem Ende der Anmeldefrist, wurden bei den Wiedergutmachungsämtern der westdeutschen Landesregierungen 2,65 Millionen Anträge auf Wiedergutmachung mit einer bisher noch unbekanntem Gesamthöhe gestellt. Von diesen Anträgen waren bis zum letzten Stichtag, dem 30. September 1959, 1,16 Millionen erledigt und rund 6,3 Milliarden Mark an die Empfangsberechtigten ausge-

zahlt worden. Ursprünglich wurde der Gesamtbetrag für diesen Teil der Wiedergutmachung auf rund 8 Milliarden Mark geschätzt. Inzwischen weiß man, daß der angerichtete Schaden wesentlich höher ist. Diese und die übrigen Leistungen der Bundesrepublik aus dem Bundesentschädigungsgesetz werden nach den jüngsten Feststellungen auf insgesamt 13 Milliarden Mark geschätzt. In dieser Gesamtziffer sind nicht berücksichtigt die Leistungen der Bundesregierung, die sich aus den Ansprüchen von elf europäischen Ländern für ihre jüdischen Mitbürger ergeben. Einige dieser Ansprüche wurden inzwischen vertraglich geregelt, so die Forderungen von Holland, Norwegen und Luxemburg. Die Gesamtzahl dieser Forderungen aber dürfte einen weiteren Betrag von rund einer halben Milliarde ergeben.

„Imponderabilien“

Nicht alle Zahlungen und Leistungen der Bundesrepublik à conto Wiedergutmachung lassen sich rechnerisch so klar übersehen wie die Zahlungen aus dem Bundesentschädigungsgesetz. Ganz anders verhält es sich zum Beispiel mit den Vergünstigungen, welche die westdeutschen Steuer- und Lastenausgleichsbehörden den rassisch, politisch und weltanschaulich Geschädigten durch Nichteranziehung zu den Lastenausgleichszahlungen oder durch Steuererleichterung gewähren. Nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums in Bonn gehen diese Zahlungen „in die Milliarden“, sind aber wegen der Verzweigkeit des westdeutschen Steuersystems und der Verschiedenartigkeit ihrer Rechtsgrundlagen nicht einheitlich erfaßbar.

Zu den großen gesetzgeberischen Aktionen kommt eine Fülle von Maßnahmen, die im einzelnen weniger hohe Beträge erfordern, insgesamt gesehen aber doch zu nicht unerheblichen Leistungen führen. So werden nach dem Bundesrück-erstattungsgesetz Geldverbindlichkeiten des ehemaligen deutschen Reiches und gleichgestellter Rechtsträger gegenüber den Verfolgtengruppen geregelt. Von dem Gesamtbetrag in Höhe von 1,5 Milliarden Mark, der für diesen Zweck bereitgestellt wurde, sind bis Oktober 1959 mehr als 400 Millionen Mark ausgegeben worden. Die Fürsorgeaktion für überlebende Opfer von Menschenversuchen erbrachte bisher 3,2 Millionen Mark auf rund 900 Anträge.

Auch die Härtefonds für Nichtglaubensjuden (5,3 Millionen Mark bisher), das Bundeswiedergutmachungsgesetz für Angehörige des öffentlichen Dienstes und Kriegsoffer (insgesamt 1,8 Milliarden Mark), die Versorgungszahlungen an Angehörige jüdischer Gemeinden (100 Millionen Mark), ehemalige palästinensische Kriegsgefangene (5,5 Millionen Mark), die Zahlungen an die Philanthropische jüdische Organisation „Bnei Brith“ (10 Millionen Mark), an die Stiftung holländischer Juden „Jokos“ (300 Millionen Mark) und an die ehemaligen Insassen des rumänischen Konzentrationslagers Wapni Arka, die nach dem Genuß von Kichererbsen erkrankten (1,2 Millionen Mark), dürfen in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden.

Zahlungen an Israel

Angesichts dieser Zahlen ist das Wiedergutmachungsabkommen der Bundesrepublik mit dem Staate Israel, das soviel Stürme in der arabischen Welt hervorgerufen hat, nur von untergeordneter finanzieller Bedeutung. Von insgesamt 3,45 Milliarden Mark an Wiedergutmachungsleistungen, zu denen sich die Bundesrepublik freiwillig verpflichtet hat, sind inzwischen Zahlungen und Lieferungen im Gesamtbetrag von 1,9 Milliarden Mark erfolgt.

Vertrauensvotum für Dibelius

Östliche Angriffe „verleumderisch“ — Versöhnung mit Professor Vogel

Berlin (Eigenmeldung). Die Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg hat mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der die östlichen Angriffe auf Bischof Dibelius als „verleumderisch und verlogen“ zurückgewiesen werden. Zweiter Höhepunkt des Donnerstags war die Versöhnung zwischen den beiden Kontrahenten im Theologiestreit um den Obrigkeitsebegriff: Bischof Dibelius und Professor Vogel von der Ostberliner Humboldt-Universität. Der Versuch jedoch, auf der Synode einen Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten über die Obrigkeitsschrift zu erreichen, ist gescheitert.

Über die Entschließung, in der sich die Synode als „berufener Sprecher der Gemeinden“ bezeichnete, wurde schriftlich und geheim abgestimmt. Von den abgegebenen 216 Stimmen billigten 182 die Entschließung; 18 Synodale waren dagegen, 16 enthielten sich der Stimme.

Bevor es zu dem menschlichen Ausgleich mit Professor Vogel kam, hatte Bischof Dibelius die beiden Beispiele zurückgenommen, die in seiner Obrigkeitsschrift die meiste Kritik ausgelöst hatten. Er betonte, er halte zwar an den Grundsätzen seiner Obrigkeitsschrift fest, gebe jedoch die Beispiele auf, nachdem er erkannt habe, daß sie für viele „eine Not bedeuten“. „Wenn Ihnen die Beispiele Schmerzen bereiten, Schmeißen Sie sie in die Havel“, sagte der Bischof. Ferner betonte er, Luthers Schrift von der Freiheit eines Christenmenschen sei für ihn immer ein wesentliches Stück seines Glaubens gewesen.

Die Beispiele in der Obrigkeitsschrift beziehen sich auf den Straßenverkehr sowie auf Frauenbataillone, die in der Sowjetzone angeblich geschult werden sollen. Dibelius hatte dazu geschrieben, er werde sich ohne weiteres nach einem Verkehrsschild richten, das ihm in der westlichen Welt begegne. Dagegen zog er die allgemeine Gültigkeit eines solchen Schildes im Sowjetzenstaat in Zweifel.

Zu Professor Vogel sagte der Bischof: „Wir kennen uns seit 35 Jahren und sind über ungefähr alle Dinge, die es im Himmel und auf Erden gibt, natürlich auch über die theologischen, verschiedener Meinung. Wir sind trotzdem gute Freunde geblieben. Was an mir liegt, soll das auch aufrechterhalten blei-

ben bis an mein Ende.“ Daraufhin reichte Professor Vogel dem Bischof herzlich die Hand und dankte ihm für seine freundliche Erklärung.

Keinen Ausgleich fand die Synode für die Meinungsverschiedenheiten über die Obrigkeitsschrift von Dibelius. Der Berichterstatter des Öffentlichkeits-Ausschusses, Superintendent Schönherr, bezeichnete die Ausgleichsbemühungen als ein „langwieriges, hartes, oft quälendes Ringen“. Ein „Wort der Weisung“ an die Gemeinden, ob die staatliche Gewalt unter Römer 13 stehe, konnte nicht gefunden werden. Zu einer

Kompromißformel sei es auch nicht gekommen. Man wisse sich jedoch im praktischen Verhalten einig, in der staatlichen Gewalt eine hilfreiche Einrichtung zu sehen und ihre Gesetze zu beachten. Ein Widerstandsrecht sei gegeben, wenn den Christen mehr zugemutet werde, als die Gebote zuließen.

Schönherr betonte, die Frucht der Bemühungen auf der Synode sei die Achtung und das Verständnis für die andere Meinung. Es sei nicht gelungen, die Kirchenvertreter in den „kalten Krieg“ hineinzuziehen, und alle solche Versuche müßten entschieden zurückgewiesen werden.

„Der immer wieder durchbrechende Judenhaß ist offenkundig Gottlosigkeit“, heißt es in einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der die Synode die „antisemitischen Aktionen, die unser Volk mit neuer Schuld bedrohen“, verurteilt. Die Christenheit sei ihren Verpflichtungen nur unzureichend nachgekommen.

Moskaus Ziel ist Berlin

Adenauers Briefwechsel mit Chruschtschow

W. Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte vor dem Bundesausschuß der CDU, der jüngste Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow enthalte nichts Neues. Chruschtschows Ziel sei ganz klar: er wolle Berlin haben. Wenn ihm das gelänge, bedeutete es einen großen Erfolg für ihn; denn dadurch würde im Westen das Vertrauen zur Widerstandsfähigkeit der freien Welt erschüttert. Deshalb halte die Bundesregierung daran fest, daß der Rechtsstatus Berlins nicht geändert werden dürfe.

In seinem Brief hatte Adenauer versichert, die Bundesrepublik werde jedem von den Großmächten geschlossenen Abrüstungsabkommen beitreten. Es gäbe jedoch keinen Grund, gerade von ihr, deren bewaffnete Macht im Vergleich zur sowjetischen geringfügig sei, Vorleistungen auf dem Gebiet

der Abrüstung zu verlangen. Zu dem von den Sowjets vorgeschlagenen Friedensvertrag erklärt der Kanzler, es liege bei Chruschtschow, durch einen solchen Vertrag die Spaltung Deutschlands und die künstliche Isolierung Berlins zu beseitigen. Schließlich betont Adenauer, er sei überzeugt, daß es bei beiderseitigem gutem Willen im Jahre 1960 möglich sein werde, Fortschritte auf dem Wege einer allgemeinen Besserung der Weltlage und eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erreichen.

In seiner Antwort an Adenauer wiederholt Chruschtschow die sowjetische These, ein Friedensvertrag schaffe die Voraussetzungen für die Annäherung der „beiden deutschen Staaten“ und dadurch für die Wiederherstellung der Einheit. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang erneut an Pankow verwiesen.

SPD: Nur kontrollierte Ostkontakte

Denkschrift zum Problem Kommunismus — Wirtschaftskonkurrenz mit dem Osten

W. Bonn (Eigenbericht). Die SPD hat neue Richtlinien für „Ostkontakte“ aufgestellt. Danach dürfen SPD-Mitglieder politische Kontakte mit dem Osten nicht mehr ohne Einverständnis mit den zuständigen Parteibeiräten und ohne entsprechende Vorbereitung aufnehmen. Die Richtlinien sind in einer größeren Denkschrift enthalten, die als eine der deutlichsten Stellungnahmen der Partei zum Kommunismus seit den Tagen Kurt Schumachers bezeichnet wird. Die SPD-Führung lehnt darin gleichzeitig „jede organisatorische und politische Beziehung zu kommunistischen Organisationen“, besonders zur SED der Sowjetzone, ab.

Im Mittelpunkt steht der Satz: „Der demokratische Sozialismus steht in unverstöhnlichem Gegensatz zu allen Ideologien und Herrschaftsformen des Totalitarismus. Das Regime der Sowjetzone“, so heißt es, „sei der bloße Vollstrecker des Willens der Sowjetmacht.“ Zu den Ostkontakten von SPD-Mitgliedern wird festgestellt, wenn es sich um Reisen in die Sowjetzone oder in andere Länder des Ostblocks handle, müsse das Geld dafür aus politisch einwandfreien Quellen stammen. Die Notwendigkeit von Informationsreisen in die östlichen Staaten dagegen wird anerkannt.

Berlin als Hebel

Von Knoeringen sagte, der Westen sehe sich heute der größten Herausforderung seiner Geschichte gegenüber. Diese Herausforderung sei nicht mili-

tärischer Art. Vielmehr führe die Sowjetunion ihren Konkurrenzkampf mit den westlichen Demokratien auf dem Gebiet der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Auf die Frage, ob der Berlin-Vorstoß der Sowjets nicht beweise, daß die Sowjets auch noch mit machtpolitischen Methoden arbeiteten, erwiderte Knoeringen, dieser Vorstoß sei „nur eine Begleiterscheinung“. Berlin werde von den Sowjets nur als „Hebel“ benutzt, um andere Ziele zu erreichen.

Als Antwort auf die sowjetische Herausforderung verlangt die SPD die Verwirklichung der Demokratie nicht nur als Verfassungssystem, sondern auch als „Lebensform“. An die Stelle einer „primitiven Kreuzzugspropaganda“ müsse eine verstandesmäßige Aufklärung über den Kommunismus und seine Gefahren treten.

CDU strafft die Parteispitze

Engerer Vorstand mit 12 bis 18 Mitgliedern — Sachgebiete verteilt

Bonn (upi/dpa). Der Bundesparteiausschuß der CDU wird dem CDU-Parteitag Ende April in Karlsruhe die Bildung eines engeren Vorstandes von etwa 12 bis 18 Mitgliedern vorschlagen. Wie der schleswig-holsteinische Ministerpräsident v. Hassel auf einer Sitzung des Bundesausschusses mitteilte, dient diese Umbildung der Parteispitze einer allgemeinen Straffung der Parteiarbeit. Der gegenwärtige Vorstand umfaßt rund 50 Mitglieder.

Damit die Parteiarbeit sofort aktiviert werden kann, wurden den vier stellvertretenden und den drei geschäftsführenden Vorsitzenden besondere Auf-

gabengebiete zugeteilt, die sie bis zum Parteitag wahrnehmen sollen. Bundesarbeitsminister Blank erhielt die Gebiete: Soziales und Arbeitnehmer, Bundestagspräsident Gerstenmaier: Universitäten, Studenten und geistige Berufe, von Hassel: Wahlen, Landwirtschaft und landwirtschaftliche Verbände sowie Vertriebe und Flüchtlinge, Fraktionsvorsitzender Krone: Zusammenarbeit zwischen Partei, Fraktion und Bundesregierung sowie katholische Verbände, der baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger: Frauen-, Familien- und Jugendfragen, der nordrhein-westfälische Mini-

sterpräsident Meyers: Organisation, Werbung und Propaganda, und Bundesinnenminister Schröder: Wirtschafts- und Berufsverbände, evangelische Verbände, kommunale Spitzenverbände und Sport.

SPD soll mitarbeiten

Bonn (dpa/ap). Der CDU-Abgeordnete Barzel, Vorsitzender des Komitees „Rettet die Freiheit“, hat am Dienstag in einem Telegramm an den SPD-Vorsitzenden Ollenauer die Sozialdemokraten zur Mitarbeit in dem Komitee aufgefordert. Mit der neuen Erklärung der SPD, so schreibt Barzel, seien wohl auch die Gründe hinfällig geworden, mit denen seinerzeit die im Komitee mitarbeitenden ehemaligen Sozialdemokraten Stolz und Salter aus der Partei ausgeschlossen worden waren. Seitens der SPD wurde erklärt, man werde das Telegramm nicht beantworten.

Dibelius stellt richtig

Berlin (ap/Eigenmeldung). Bischof Dibelius hat sich mit aller Entschiedenheit von jedem aggressiven Antisemitismus distanziert und sich gegen falsche Darstellungen der Ostpresse in diesen Fragen gewandt.

In einer Erklärung, die von der Kirche als Antwort auf östliche Presseangriffe gegen den Bischof verbreitet wurde, betonte Dibelius: „Mit einem aggressiven Antisemitismus habe ich nie in meinem Leben zu tun gehabt. Seit der Behandlung der jüdischen Mitbürger durch die Nationalsozialisten habe ich mich unter Gefährdung meiner Freiheit und meines Lebens aktiv zu ihnen gestellt.“ Entgegen den Behauptungen der Sowjetzonen-Presse habe er der Entschließung der Synode, in der die jüngsten antisemitischen Ausschreitungen verurteilt wurden, zugestimmt und darüber hinaus bereits an der Ausarbeitung mitgewirkt.



BILDER DER WOCHE. Oben: Im Schöneberger Rathaus sprach Bundespräsident Lübke vor Vertretern des Senats und der Presse. — Unten: Am Sonntag lächelten sie noch siegesgewiß, am Montag kapitulierten sie vor General de Gaulle: Die zwei Putschistenführer in Algier, Lagailarde (links) und Ortiz.

